



## **Schriftliche Anfrage**

der Abgeordneten **Martin Stümpfig, Gülseren Demirel, Cemal Bozoğlu**  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
vom 16.03.2022

### **Ortskräfte Afghanistan**

Im Zuge des Austausch des Abgeordneten Martin Stümpfig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mit Helferkreisen und Unterstützerinnen und Unterstützern in dieser Legislaturperiode haben sich Fragen und Anliegen zu der Aufnahme von Ortskräften aus Afghanistan ergeben, zu denen die Staatsregierung am besten Auskunft geben kann.

Die Staatsregierung wird gefragt:

- |     |  |   |
|-----|--|---|
| 1.1 | Erfolgt die Erstaufnahme von den Bayern zugewiesenen Ortskräften aus Afghanistan und ihren Angehörigen ausschließlich in ANKER-Zentren? .....    | 3 |
| 1.2 | Müssen die Ortskräfte und ihre Angehörigen derzeit noch eine Corona-Quarantäne-Zeit in den ANKER-Zentren verbringen? .....                       | 3 |
| 1.3 | Wie lange bleiben Ortskräfte und ihre Angehörigen durchschnittlich in den ANKER-Zentren? .....   | 3 |
| 2.1 | Ist nach Kenntnis der Staatsregierung das BAMF (inkl. Außenstellen) oder die Bundeswehr für die Ortskräfte und ihre Angehörigen zuständig? ..... | 3 |
| 2.2 | Wer ist die richtige Adressatin oder richtige Adressat bei Beschwerden zum Verfahren? .....  | 3 |
| 2.3 | Nach welchen Kriterien werden aufnehmende Landkreise/Kommunen ausgewählt? .....  | 3 |
| 3.1 | Wie erfolgt die Verteilung auf aufnehmende Kommunen? .....   | 4 |
| 3.2 | Wie erfolgt die Unterbringung der Ortskräfte und ihrer Angehörigen konkret? .....  | 4 |
| 3.3 | Welche Vorgaben gibt es seitens der Staatsregierung hinsichtlich der Unterbringung? .....  | 4 |
| 4.1 | Wie stellt die Staatsregierung die adäquate Unterbringung und deren Kontrolle sicher? .....  | 4 |

---

|                           |   |    |
|---------------------------|---|----|
| 4.2                       | Wie erfolgt die Information und Kommunikation der aufzunehmenden Ortskräfte und ihrer Angehörigen durch die zuständigen Behörden (Jobcenter, Sozialamt etc.) (bitte um Überlassung der entsprechenden Weisungen/Handlungsabläufe...)? | 4  |
| 4.3                       | Wie erfolgt die Kommunikation zwischen Staatsregierung und Behörden?  | 6  |
| 5.1                       | Wie werden Träger für die Unterbringung evaluiert?  | 6  |
| 5.2                       | Wer betreut die Ortskräfte und ihre Angehörigen vor Ort?  | 6  |
| 5.3                       | Wie werden Träger für die Betreuung evaluiert?  | 6  |
| 6.1                       | Wie stellt die Staatsregierung eine Betreuung vor Ort sicher, zumal sich Stakeholder wie Diakonie etc. zunehmend aus der Migrationsberatung zurückziehen?   | 7  |
| 6.2                       | Stellt die Staatsregierung zusätzliche Mittel für die Beratung und Betreuung der Ortskräfte und ihrer Angehörigen vor Ort zur Verfügung?  | 7  |
| 6.3                       | Werden die Ortskräfte aus Afghanistan und ihre Angehörigen von speziell geschulten Integrationsberater*innen betreut?   | 7  |
| 7.1                       | Wie wird die engmaschige Betreuung unter Pandemie-Gesichtspunkten gewährleistet?  | 7  |
| 7.2                       | Wie schnell erfolgen Integrationsnotwendige Maßnahmen wie Integrations- und Sprachkurse durchschnittlich?   | 7  |
| 7.3                       | Wie fördert die Staatsregierung die schnelle Integration der größtenteils hochqualifizierten Ortskräfte und ihrer Angehörigen?  | 7  |
| Anlage 1                  |   | 9  |
| Anlage 2                  |   | 10 |
| Hinweise des Landtagsamts |   | 30 |

# Antwort

**des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales**

vom 21.04.2022

- 1.1 Erfolgt die Erstaufnahme von den Bayern zugewiesenen Ortskräften aus Afghanistan und ihren Angehörigen ausschließlich in ANKER-Zentren?**
- 1.2 Müssen die Ortskräfte und ihre Angehörigen derzeit noch eine Corona-Quarantäne-Zeit in den ANKER-Zentren verbringen?**
- 1.3 Wie lange bleiben Ortskräfte und ihre Angehörigen durchschnittlich in den ANKER-Zentren?**

Die Fragen 1.1 bis 1.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Personen, die im Rahmen des sogenannten Ortskräfteverfahrens nach Deutschland einreisen, erhalten eine Aufnahmezusage nach § 22 Satz 2 Aufenthaltsgesetz. Sie sind daher keine Asylbewerber. Aus diesem Grund erfolgt in der Regel keine Unterbringung in ANKER-Einrichtungen. Die Personen werden nach ihrer Einreise üblicherweise direkt in die für sie vorgesehenen Übergangswohnheime gebracht. Erfolgt die Einreise mit einem vom Bund organisierten Charterflug, werden die Ortskräfte und ihre Familien bis zu ihrer Zuweisung in ein Bundesland in einer dafür vom Bund vorgesehenen Aufnahmeeinrichtung untergebracht. Mögliche Corona-Quarantänen nach der Einreise richten sich nach den aktuellen Bestimmungen des Infektionsschutzgesetzes.

- 2.1 Ist nach Kenntnis der Staatsregierung das BAMF (inkl. Außenstellen) oder die Bundeswehr für die Ortskräfte und ihre Angehörigen zuständig?**

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) steuert die Aufnahme und Verteilung der aus Afghanistan evakuierten Ortskräfte sowie deren Familien nach ihrer Ankunft in Deutschland. Die Bundeswehr unterstützt die Bundesländer und das BAMF im Rahmen der Amtshilfe beim Transport der afghanischen Ortskräfte vom Flughafen zu den vom Bund vorgesehenen Aufnahmeeinrichtungen sowie in die Zielunterkünfte.

- 2.2 Wer ist die richtige Adressatin oder richtige Adressat bei Beschwerden zum Verfahren?**

Eine Beschwerde zum Ortskräfteverfahren ist an das dafür zuständige Bundesministerium des Innern und für Heimat zu richten.

- 2.3 Nach welchen Kriterien werden aufnehmende Landkreise/Kommunen ausgewählt?**

Nach welchen Kriterien werden aufnehmende Landkreise/Kommunen ausgewählt?

### **3.1 Wie erfolgt die Verteilung auf aufnehmende Kommunen?**

Die Fragen 2.3 und 3.1 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Verteilung der afghanischen Ortskräfte sowie ihrer Familien innerhalb Bayerns erfolgt durch die Beauftragte des Freistaates Bayern für die Aufnahme und Verteilung ausländischer Flüchtlinge und unerlaubt eingereister Ausländer (LABEA). Die Verteilung auf die Regierungsbezirke orientiert sich an den Quoten der Verordnung zur Durchführung des Asylgesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes, des Aufnahmegesetzes und des § 12 a des Aufenthaltsgesetzes (Asyldurchführungsverordnung – DVAsyl). Hierbei werden u. a. familiäre Beziehungen berücksichtigt. Eine weitere Verteilung auf die Kommunen erfolgt nicht.

Aufnahmebereite und im Bündnis „Städte Sichere Häfen“ organisierte Kommunen sind dem Aufruf von Staatsminister Joachim Herrmann im Herbst 2021 gefolgt und haben eigene Unterbringungsmöglichkeiten für afghanische Ortskräfte und besonders gefährdete Personen zur Unterstützung angeboten. Bislang konnten ca. 160 Personen eine kommunale Unterbringung in Anspruch nehmen.

### **3.2 Wie erfolgt die Unterbringung der Ortskräfte und ihrer Angehörigen konkret?**

### **3.3 Welche Vorgaben gibt es seitens der Staatsregierung hinsichtlich der Unterbringung?**

Die Fragen 3.2 und 3.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Unterbringung der afghanischen Ortskräfte und ihrer Familien erfolgt grundsätzlich in staatlichen Übergangwohnheimen. Die Einrichtung und der Betrieb der Übergangwohnheime obliegt gemäß § 126 der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze (AVSG) den Regierungen. Die Übergangwohnheime dienen der vorläufigen Unterbringung und sollen von den Bewohnern in der Regel nicht länger als zwei Jahre genutzt werden. Ziel ist stets die eigenständige Versorgung der Bewohner mit geeignetem Wohnraum.

### **4.1 Wie stellt die Staatsregierung die adäquate Unterbringung und deren Kontrolle sicher?**

Die Einschätzung, ob die einzelnen Unterkünfte für eine vorübergehende Unterbringung der Personen geeignet sind, obliegt den zuständigen Regierungen.

### **4.2 Wie erfolgt die Information und Kommunikation der aufzunehmenden Ortskräfte und ihrer Angehörigen durch die zuständigen Behörden (Jobcenter, Sozialamt etc.) (bitte um Überlassung der entsprechenden Weisungen/Handlungsabläufe...)?**

Um die Erteilung eines Aufenthaltstitels gemäß § 22 Satz 2 Aufenthaltsgesetz zu beantragen, wenden sich die afghanischen Ortskräfte und ihre Familienangehörigen an die für sie örtlich zuständige Ausländerbehörde. Die Ausländerbehörden prüfen die Anträge und beraten die Ortskräfte und ihre Familienangehörigen im Rahmen der

gesetzlichen Vorschriften. Grundlage der Information und Kommunikation sind die vom Bundesministerium des Innern und für Heimat an die Länder nur zur internen Verwendung überlassenen FAQs, auf die die bayerischen Ausländerbehörden über das Behördennetz Zugriff haben.

Vor der Aufnahme von afghanischen Ortskräften werden betroffene Jobcenter von den zuständigen Behörden im Vorfeld informiert. Um die Menschen schnellstmöglich zu unterstützen, werden diese über bestehende aktive Netzwerke z.B. mit den freien Wohlfahrtsverbänden sowie mit den Landkreisen vor Ort eng begleitet.

Afghanische Ortskräfte werden, wie auch alle anderen Kunden der Jobcenter (geflüchtete Menschen, Menschen mit/ohne Migrationshintergrund), von den Jobcentern beraten und unterstützt, mit dem Ziel einer beruflichen als auch sozial erfolgreichen Integration und zur Fachkräftesicherung für die Zukunft. Die Jobcenter können dabei bereits auf einen großen Erfahrungsschatz aus der Flüchtlingskrise 2015 zurückgreifen.

Beratungen werden überwiegend vor Ort im Jobcenter durchgeführt. Auf Wunsch der beratenden Wohlfahrtsverbände in den Unterkünften finden Beratungen der afghanischen Ortskräfte nach Bedarf auch vor Ort statt. Zur Beratungsunterstützung steht ggf. die Dolmetscherhotline der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Verfügung.

Außerdem hat die BA dem BAMF die Broschüre „Grundsicherung einfach erklärt“ (Anlage 2) in englischer Sprache zur Verteilung des Informationsangebots an die afghanischen Ortskräfte zur Verfügung gestellt, z.B. über E-Mail-Verteiler, Social-Media-Kanäle. Zudem finden sich wichtige Informationen auf der Landing Page des BAMF (abzurufen unter: [www.bamf.de/DE/Themen/](http://www.bamf.de/DE/Themen/))<sup>1</sup>.

Eine wichtige Grundlage für die Integration in den Arbeitsmarkt ist die deutsche Sprache, daher liegt der Fokus zunächst auf dem Spracherwerb. Die Jobcenter weisen die Personen zu Integrationskursen und Berufssprachkursen des BAMF zu und begleiten während des Spracherwerbs. Darüber hinaus beraten die Jobcenter zu schulischen und beruflichen Anerkennungsverfahren und unterstützen bei der Anerkennung. Neben dem ausreichenden Erwerb der deutschen Sprache und der Unterstützung im Anerkennungsverfahren wird gemeinsam erarbeitet, welche Schritte mit Blick auf die gesamte Bedarfsgemeinschaft notwendig sind, um den Weg zum beruflichen Einstieg zu ebnen.

Um die Spannbreite der unterschiedlichen Bedarfe deutlich zu machen: Im Bezirk des Regionalbüros Ansbach sind im März beispielsweise erste afghanische Ortskräfte angekommen, alle ohne Deutschkenntnisse und mit unterschiedlichen Muttersprachen. Das waren 17 Bedarfsgemeinschaften mit 30 Personen über, 11 unter 25 Jahren sowie 31 Kindern. Die Größe der Bedarfsgemeinschaften variiert von Partner-Bedarfsgemeinschaften hin zu großen Bedarfsgemeinschaften mit bis zu sechs Kindern. Der Bildungshintergrund der Erwachsenen erstreckt sich von 4-jähriger Minimalschulbildung bis zum Akademiker.

Neben der beruflichen Eingliederung ist die soziale Integration eine wichtige Aufgabe. Die Jobcenter helfen den Menschen, Netzwerke z.B. zu Beratungsstellen, Zeugnis-anerkennungsstellen, Sportvereinen, Ehrenamtskoordinatoren etc. aufzubauen und gewinnbringend für ihre jeweiligen Bedarfe oder Anliegen einzusetzen.

<sup>1</sup> <https://www.bamf.de/DE/Themen/AsylFluechtlingschutz/ResettlementRelocation/AufnahmeAfghanOrtskraefte/aufnahme-afghanische-ortskraefte-node.html>

Ein gesetzlicher Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs besteht für Menschen mit dieser Aufenthaltserlaubnis zwar nicht. Im Rahmen verfügbarer Kursplätze kann aber die Teilnahme an Integrationskursen zugelassen werden (vgl. § 44 Abs. 4 AufenthG). Die Zulassung zur Teilnahme erfolgt durch das BAMF auf Antrag, der über einen zugelassenen Kursträger gestellt werden kann (vgl. § 5 Abs. 1 IntV). Auch kann das Jobcenter (§ 44 a Abs. 1 S. 1 Nr. 2 AufenthG) oder die Ausländerbehörde (§ 44 a Abs. 1 S. 1 Nr. 3 AufenthG) zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichten.

Es besteht Zugang zu den berufsbezogenen Deutschkursen (§ 45 a AufenthG i. V.m. § 4 DeuFöV). Insbesondere für Personen ab dem Sprachniveau B1 besteht ein vollständiger Zugang zum Berufssprachkurs.

Das Staatsministerium für Arbeit, Familie und Soziales (StMAS) hat den bayerischen Trägern der Sozialhilfe mit E-Mail vom 06.09.2021 ein Schreiben des BMAS vom 27.08.2021 übersandt, wonach in Deutschland aufgenommene Ortskräfte, die über einen Aufenthaltstitel nach § 22 Satz 2 AufenthG verfügen und aufgrund ihres Alters oder aus gesundheitlichen Gründen nicht erwerbsfähig sind, bei Vorliegen der allgemeinen SGB XII-Voraussetzungen Leistungen der Sozialhilfe erhalten können (vgl. Anlage 1). Wurde ein Aufenthaltstitel, wie in dem Schreiben „Sozialrechtlicher Status der afghanischen Staatsbürger, die aus Afghanistan evakuiert werden“ vom 26. August 2021, AZ Ilc3-29001-2/2, erläutert wurde, bisher nicht erteilt bzw. liegt ggf. nur ein von der Bundespolizei erteiltes Ausnahmewisum nach § 14 Abs. 2 AufenthG für 90 Tage vor, so gilt bis zur Klärung des zukünftigen aufenthaltsrechtlichen Status für die o. g. Personengruppe aus Sicht des BMAS ebenfalls der § 23 Abs. 1 SGB XII. Zur Umsetzung im Einzelfall bei den 103 bayerischen Trägern der Sozialhilfe liegen dem StMAS keine Informationen vor.

#### **4.3 Wie erfolgt die Kommunikation zwischen Staatsregierung und Behörden?**

Die Kommunikation erfolgt elektronisch, per E-Mail oder in Einzelfällen auch telefonisch durch Handlungsanweisungen, Weitergabe von Informationen und ggf. Rücksprache im Einzelfall.

#### **5.1 Wie werden Träger für die Unterbringung evaluiert?**

Träger der Übergangswohnheime ist der Freistaat Bayern, es erfolgt keine Evaluation.

#### **5.2 Wer betreut die Ortskräfte und ihre Angehörigen vor Ort?**

Die Flüchtlings- und Integrationsberatung, welche auch Ortskräften aus Afghanistan offen steht, ermöglicht eine professionelle, bedarfsabhängige und zielgruppenspezifische Beratung.

#### **5.3 Wie werden Träger für die Betreuung evaluiert?**

Wie bei allen Förderungen gibt es bestimmte Vorgaben: Bei Antragstellung wird u.a. die Zuverlässigkeit des Trägers geprüft. Darüber hinaus erfolgt eine projektbezogene Erfolgskontrolle sowie die Prüfung des Verwendungsnachweises durch die Bewilligungsbehörde. Die Beratungs- und Integrationsrichtlinie sieht darüber hinaus für einzelne Förderbereiche eine Mindestanforderung bzgl. der Qualifizierung für die eingesetzten Mitarbeiter vor.

**6.1 Wie stellt die Staatsregierung eine Betreuung vor Ort sicher, zumal sich Stakeholder wie Diakonie etc. zunehmend aus der Migrationsberatung zurückziehen?**

**6.2 Stellt die Staatsregierung zusätzliche Mittel für die Beratung und Betreuung der Ortskräfte und ihrer Angehörigen vor Ort zur Verfügung?**

Die Fragen 6.1 und 6.2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Aktuell plant die Staatsregierung, die Angebote im Bereich der Flüchtlings- und Integrationsberatung über eine Sonderförderung mit Blick auf die Ukraine-Krise deutlich auszuweiten. Die hier geplanten Verbesserungen sollen der Flüchtlings- und Integrationsberatung insgesamt zu Gute kommen.

**6.3 Werden die Ortskräfte aus Afghanistan und ihre Angehörigen von speziell geschulten Integrationsberater\*innen betreut?**

Die Flüchtlings- und Integrationsberatung richtet sich sowohl an neu zugewanderten, bleibeberechtigten Menschen mit Migrationshintergrund als auch an Asylbewerber. Die Beratungsinhalte orientieren sich dabei an den konkreten, zielgruppenspezifischen Bedarfen. Über Beschulung und Einsatz der einzelnen Berater vor Ort entscheiden die Träger grundsätzlich in eigener Verantwortung.

**7.1 Wie wird die engmaschige Betreuung unter Pandemie-Gesichtspunkten gewährleistet?**

Flüchtlings- und Integrationsberater haben unter Beachtung der jeweils geltenden Corona-Bestimmungen Zugang zu den Unterkünften. Gleiches gilt für ehrenamtliche Helfer. Neben der (ebenfalls unter Beachtung der jeweils geltenden Corona-Bestimmungen durchzuführenden) Präsenzberatung besteht die Möglichkeit der Telefon- und Onlineberatung. Über das vom Freistaat geförderte Modellprojekt „Digitalisierung im Bereich der Flüchtlings- und Integrationsberatung“ sollen die Beratungskräfte dabei unterstützt werden, die Distanzberatung in Ergänzung zur Präsenzberatung auszubauen.

**7.2 Wie schnell erfolgen Integrationsnotwendige Maßnahmen wie Integrations- und Sprachkurse durchschnittlich?**

Die integrations- sowie die berufsbezogenen Sprachkurse sind Teil des Gesamtprogramms Sprache des Bundes, für das ausschließlich der Bund, konkret das BAMF zuständig ist. Nähere Informationen können beim BAMF erfragt werden.

**7.3 Wie fördert die Staatsregierung die schnelle Integration der größtenteils hochqualifizierten Ortskräfte und ihrer Angehörigen?**

Afghanische Ortskräfte haben Zugang zu allen staatlichen Integrationsmaßnahmen. U.a. ermöglicht der Freistaat Bayern mit den Flüchtlings- und Integrationsberatern ein professionelles, bedarfsabhängiges und zielgruppenspezifisches Beratungsangebot. Weiter stehen afghanischen Ortskräfte Maßnahmen der Wertevermittlung und der Sprachförderung offen. Mit dem Projekt „Sprache schafft Chancen“ fördert und

unterstützt der Freistaat Bayern in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-Agenturen (lagfa bayern e. V.) Ehrenamtliche, die Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund in Sprachtandems oder Sprachkursen die deutsche Sprache beibringen. Weiter fördert der Freistaat Jobbegleiter sowie Ausbildungsakquisiteure für Flüchtlinge, die ergänzend zu den Arbeitsagenturen und Jobcentern die Integration in Arbeit und Ausbildung unterstützen. Die Unterstützungsleistungen bestehen in der Akquise und Beratung der Zielgruppe, der Vermittlung und Stabilisierung von Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnissen, aber auch der Nachbetreuung der Zielgruppe sowie der Unternehmen als Arbeitgeber.



## Anlage 1



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 53107 Bonn

Oberste für das SGB XII zuständige Landesbehörden

nur per E-Mail

bearbeitet von:

Rochusstraße 1, 53123 Bonn  
Postanschrift: 53107 Bonn

Tel.

Fa

DE-MAIL: [poststelle@bmas.de-mail.de](mailto:poststelle@bmas.de-mail.de)

[www.bmas.de](http://www.bmas.de)

Bonn, 27. August 2021

**Nach Deutschland evakuierte afghanische  
Staatsangehörige**

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Deutschland aufgenommene afghanische Ortskräfte, die über einen Aufenthaltstitel nach § 22 Satz 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) verfügen und aufgrund ihres Alters oder aus gesundheitlichen Gründen nicht erwerbsfähig sind, können bei Vorliegen der allgemeinen SGB XII-Voraussetzungen Leistungen der Sozialhilfe erhalten. Wurde ein Aufenthaltstitel, wie in dem Schreiben „Sozialrechtlicher Status der afghanischen Staatsbürger, die aus Afghanistan evakuiert werden“ vom 26. August 2021, AZ Ilc3-29001-2/2, erläutert wurde, bisher nicht erteilt, bzw. liegt ggf. nur ein von der Bundespolizei erteiltes Ausnahmervisum nach § 14 Abs. 2 AufenthG für 90 Tage vor, so gilt bis zur Klärung des zukünftigen aufenthaltsrechtlichen Status für die o.g. Personengruppe aus Sicht des BMAS ebenfalls der § 23 Abs. 1 SGB XII.

Wir gehen davon aus, dass Leistungsberechtigte nach dem SGB XII einen sehr geringen Anteil unter den evakuierten Personen ausmachen.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

# Simplified explanation - Important terms related to basic income for job seekers



# Contents

|   |    |
|---|----|
| Simplified explanation – Important terms related to basic income for job seekers .....  | 3  |
| Your digital Jobcenter (Ihr digitales Jobcenter) .....  | 3  |
| Data privacy (Der Datenschutz) .....  | 4  |
| Basic income benefits in Germany (Die Grundsicherung in Deutschland) ..   | 4  |
| The benefit community (Die Bedarfsgemeinschaft) .....   | 5  |
| The household community (Die Haushaltsgemeinschaft) .....   | 5  |
| Community of responsibility and support (Die Verantwortungs- und<br>Einstehensgemeinschaft).....  | 6  |
| The representative of the benefit community (Der Vertreter der<br>Bedarfsgemeinschaft) .....  | 7  |
| Primary benefits (Die vorrangigen Leistungen) .....   | 7  |
| Unemployment Benefit II (Das Arbeitslosengeld II).....  | 9  |
| Social Benefit (Sozialgeld) .....   | 9  |
| Capacity to work (Die Erwerbsfähigkeit) .....   | 10 |
| Need for assistance (Die Hilfebedürftigkeit) .....  | 10 |
| Needs (Der Bedarf).....   | 11 |
| Additional benefit (Der Mehrbedarf) .....   | 11 |
| Special needs (Besondere Mehrbedarfe) .....   | 12 |
| Housing costs (Die Kosten der Unterkunft).....  | 13 |
| Income (Das Einkommen) .....  | 14 |
| Assets (Das Vermögen).....  | 15 |
| Application for benefits according to Book 2 of the German Social Code<br>(SGB II) (Antrag für Leistungen nach dem 2. Sozialgesetzbuch (SGB II)). | 16 |
| The application process (Die Antragstellung) .....  | 16 |
| The notification on your application.....   | 17 |
| (Der Bescheid zur Antragstellung) .....   | 17 |
| Appealing a decision (Widerspruch gegen eine Entscheidung) .....  | 17 |
| Collaborative obligations for benefit recipients (Die Mitwirkungspflichten von<br>Leistungsempfängern) .....                                      | 18 |
| Social security (Die Sozialversicherung).....   | 19 |

## Simplified explanation – Important terms related to basic income for job seekers

This text provides **simple explanations of important terms**. The terms are all related to **basic income for job seekers**.

The information provided in this text is **not legally binding**. That means: If you want to file a legal action in court in relation to a benefit, you cannot base your action on information from this text. The examples are also not legally binding. The examples are only intended to help you better understand the text.

You may also receive legally binding information. You have a **variety of options for doing so**:

- For example, you can register with your responsible **Jobcenter**.
- The information in the **data sheet on Book 2 of the German Social Code (SGB II)** is legally binding.
- You will find legally binding information in the **Instructions for completion**.  
Instructions for completion are included in the **application forms**.
- You will also find legally binding information online if you go to **www.jobcenter.digital**.

## Your digital Jobcenter (Ihr digitales Jobcenter)

The Jobcenter has an **extensive website**. You can find it at **www.jobcenter.digital**.

You have to **register** for this service. After doing so, you can do many things easily and quickly on the website. For example, you can submit **applications** and get information. You can get important **information** about Unemployment Benefit II.

Without being limited to the opening hours of the Jobcenter, you are able to:

- Communicate changes
- Submit additional documents
- Submit an Application for Continued Approval (Weiterbewilligungsantrag)
- Use the SGB II mailbox service



Good to know: Scan the QR code with your cell phone. This will take you directly to the **www.jobcenter.digital** website.

## Data privacy (Der Datenschutz)

People have to give a lot of information about themselves to the Jobcenter if they want to receive benefits. They have to provide their personal data. This data is important so that the Jobcenter can calculate how much money the person will receive.

This personal data is subject to very special protections. This is called data privacy. There are different rules on data privacy. The rules are included in the German Social Code and European Union General Data Protection Regulation, for instance. Your data are processed according to these rules in the Jobcenter.

The Jobcenter can also provide information on data privacy. You can also find the information online at [www.arbeitsagentur.de/datenerhebung](http://www.arbeitsagentur.de/datenerhebung).

## Basic income benefits in Germany (Die Grundsicherung in Deutschland)

People who are looking for work in Germany can receive **basic income for job seekers** according to specific rules. These rules are stated in Book 2 of the German Social Code (SGB II). Basic income benefits are intended to secure a basic livelihood for all people. A basic livelihood is the money you need to pay for the most important things you need to live. These important things include rent for an **apartment** and something to **eat**, for instance.

There are **2 kinds** of benefits related to basic income:

- Benefits intended to help you get **work**.
- Benefits intended to secure your **basic livelihood**.

The basic income in Germany has one **goal**. To ensure people are able to earn a basic livelihood for themselves and their families on their own again.

The basic income in Germany ensures that everyone has the things they need to live. This benefit is for people who have **no money of their own** or who have **too little money**.

In Germany, only someone who does not have enough of their own money can receive a basic income. Therefore, the basic income ensures that everyone has enough to live.

## The benefit community (Die Bedarfsgemeinschaft)

A person's benefit community is important if they want to receive or apply for benefits. A benefit community consists of multiple people. At least one member of the benefit community must be **able to work**.



Typically, a benefit community consists of a **person who is able to work** and:

- their **husband** or **wife**, if they are not permanently separated.
- their **registered partner**, if they are not permanently separated.
- a person with whom they are involved in a “**consensual union**”. This is also called a community of responsibility and support. This may be your **long-term boyfriend** or **long-term girlfriend**, if you live together.

**Children** can also be part of the benefit community. Children are only considered part of the benefit community if they meet these conditions:

- Children are only part of the benefit community until they are **25 years of age**.
- Children may **not be married**.
- The children may not have their own children.
- The children may not have enough money to pay for their own basic livelihood.

There are special rules if a child applies for benefits according to Book 2 of the German Social Code (SGB II). If a child **between 15 and 25 years of age** submits an application and their parents are not able to work, there are other rules for the benefit community. The **parents** or **one parent** from the household are then considered part of the child's benefit community.

## The household community (Die Haushaltsgemeinschaft)

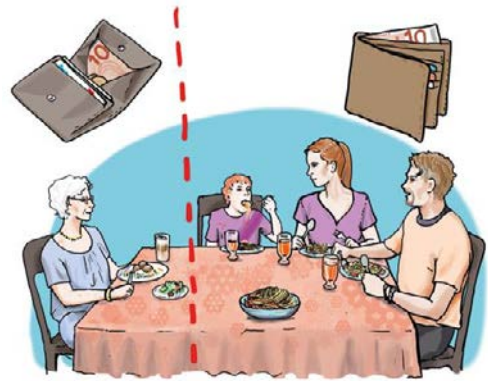
A household community is **different** from a benefit community.

The members of a household community **live together**. The members of a household community, however, are not part of a benefit community.



A household community includes, for instance:

- Relatives and in-laws, such as grandparents, siblings over 25 years of age, uncles and aunts.
- Foster children and foster parents.



## Community of responsibility and support (Die Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft)

A community of responsibility and support is the name for a **unique kind of partnership between two people**. The partners, at least one of whom is able to work, live together in a home or apartment. They share their household and support one another. It doesn't matter if they are **two men, two women, or a man and a woman**.



The Jobcenter assumes that the two partners in a relationship are **there for one another**. The partners help one another with **money**, for instance.

A few rules have been defined to clarify what the term community of responsibility and support means. The Jobcenter assumes that a partnership exists if two people are in a relationship and live together. The two partners in the community of responsibility and support must also be legally **able to get married**. In Germany, for example, people **younger than 16** cannot get married. Because of this, they cannot be in a community of responsibility and support.

The Jobcenter assumes that the partners support one another, if several requirements are fulfilled:

- The partners have lived together for at least 1 year.
- The partners live together with **their child** (the partners are the child's parents).
- The partners care for **children or family members** together in their household.
- The partners have access to one another's money. This is the case, for instance, if the partners have a **joint bank account**.

These requirements are called **assumption regulations**. This means the Jobcenter makes an automatic assumption about the partnership if these requirements are met. If you think this assumption is not right, you must prove it.

In addition to the assumption regulations, there are **other ways** to prove people are part of a community of responsibility and support. These ways include:

- Being **engaged** to your partner.
- Living in a **home you own together**.  
This may include a **house** or a **condominium**, for instance.
- **Caring for your partner** in your common household. In this case, there may be other information we need to review.

## The representative of the benefit community (Der Vertreter der Bedarfsgemeinschaft)

If you submit an **application**, you represent your benefit community.

However, the application applies to the whole benefit community. When you represent the benefit community, you should **involve** everyone in that community. You should talk to everyone in the benefit community to make sure the information in the application is **correct**.



You can also serve as the representative for only **some** parts of the application. This means that the members of the community will **fill out** and sign certain parts of the application **themselves**. The members of the benefit community can, for instance, complete and sign the attachments on their income levels and financial circumstances themselves. The applicant must then submit these attachments along with the application.

## Primary benefits (Die vorrangigen Leistungen)

Before people can apply for benefits according to Book 2 of the German Social Code (SGB II), they must take advantage of **all the other social benefits**. Social benefits are designed to ensure people no longer need help. Benefits according to Book 2 of the German Social Code (SGB II) are designed for people who **still need help despite receiving other social benefits**. The same is true for a benefit community. The benefit community must take advantage of all other social benefits first. That is why these are called **primary benefits**. Before people can apply for benefits according to



Book 2 of the German Social Code (SGB II), they must use all of their primary social benefits.

If someone does not file an application for primary social benefits, the **Jobcenter can file the application for them**. The same is true for a benefit community. In some cases, receiving primary benefits will mean you cannot receive benefits according to Book 2 of the German Social Code (SGB II).



Here is a list of the most important primary benefits:

- Child Benefit.
- The **child allowance** is for people who work and have a child for whom they receive child benefits. These people can cover their own and their partner's needs with their income, but do **not have enough money for the child**. The child allowance is paid if it allows the recipient to overcome their need for benefits for **3 months**. In some cases, the child allowance can be paid along with the **Housing Benefit**.
- The **advance child maintenance payment** for children. One parent can receive this benefit if the other parent does not want to or cannot pay any child support.
- Unemployment Benefits.
- The **reduced retirement pension**, which can be paid out from 63 years of age. The benefit is not considered primary if people need help because they are receiving a reduced retirement pension.
- A **foreign pension**, if it is comparable with the German pension.
- Other pensions, such as a **reduced earning capacity pension**, a **widow's** or **widower's pension** or an **orphan's pension**.
- Continued payment of wages in case of sickness.
- Benefits to continue your education. These benefits include the education benefit, benefits under the German Federal Education Assistance Act (**BAföG**) and vocational training assistance (**BAB**).
- **Housing benefits for tenants** are considered primary benefits if they ensure the tenant no longer needs help. The same applies to a state benefit for homeowners.
- The **Maternity Benefit**, which is paid out during maternity leave. Maternity leave typically begins six weeks before the birth and lasts until eight weeks after the birth.
- The **Parenting Benefit** after the birth of a child.

# Unemployment Benefit II (Das Arbeitslosengeld II)

**Unemployment Benefit II** is for people who have **no work**. Working people can also receive Unemployment Benefit II. However, they can only do so if they do not have enough money to live on. To receive Unemployment Benefit II, people have to fulfill certain requirements:

- They must be at least 15 years of age.
- They cannot receive an old age pension, because they are too young.
- They are **able to work**. This means they are eligible to work.
- They need help to pay for their basic livelihoods. This means they **are in need of help**.
- They must reside in Germany. This means they must live in Germany.



People can only claim Unemployment Benefit II if they are able to work. The claim is regulated in Book 2 of the German Social Code (SGB II).

## Social Benefit (Sozialgeld)

People may have a claim to the **Social Benefit** if they are not able to go to work. The same applies to children younger than 15. However, they can only claim the Social Benefit under the **following conditions**:

- They are part of a benefit community.
- Someone in the benefit community must be able to work.
- Someone in the benefit community must be entitled to receive **Unemployment Benefit II**.

If these conditions are fulfilled, people unable to work can receive the Social Benefit.



## Capacity to work (Die Erwerbsfähigkeit)

The **capacity to work** means a person is able to work.

People are able to work if they can work **at least 3 hours per day** under normal conditions. Normal conditions mean at a normal job. For example, in an office or as a salesperson.



People can be able to work even if they have an illness. This changes if they are unable to work **for at least 6 months** due to an illness or disability. There may be different reasons someone is **unable to work**.

Your capacity to work is also important for benefits under Book 2 of the German Social Code (SGB II). People in a benefit community only receive benefits under Book 2 of the German Social Code (SGB II) if **at least one person** in the community is able to work.

## Need for assistance (Die Hilfebedürftigkeit)

People can need help for a **variety of reasons**.

- People need help if they do not have enough money to live on. This money is also called their basic livelihood.
- People also need help if their benefit community does not have enough money, for instance because the money isn't enough for everyone in the benefit community. These people also don't receive enough help from their relatives or other social benefit offices like the housing benefit authority.



Basic income benefits are **only** for people in need who cannot help themselves. If people want to receive basic income benefits, they must first **use up their own money**. This includes their **income**, saved money, and other things. These are also called **assets**. However, they do not have to use up all of their assets. There are **specific rules** on how much money you can retain.

If people have **income** or **assets**, we have to look and see how much money they have for their basic livelihood. They may be fully or partially in need, depending on how much money they have. If people have enough money for their basic livelihood, they are not considered in need.

## Needs (Der Bedarf)

A person's needs describe the **amount of money** the person **needs to live**. A person's needs include a variety of things people need to live. This includes **clothing** and **food**, for instance.



In Germany, there exists what is called **standard support**. Standard support represents an average value. This means we determine how much money, on average, a person needs to live. Standard support is **defined by law**.

Standard support is divided into different levels, and depends on different things, such as your **age** and **family situation**.

## Additional benefit (Der Mehrbedarf)

Sometimes, standard support is not enough for people in **special situations**. This extra need is called an additional benefit. The additional benefit is paid out to certain groups of people.



These include:

- Women, once they have been **pregnant for 13 weeks or more**.
- Single parents caring for a **minor child**.
- **People with disabilities** can also receive additional benefits in certain cases.
- People receive additional benefits if they need **special foods** for health reasons.
- **School students** if they have to purchase school books themselves. This only applies if the school requires the books.

## Special needs (Besondere Mehrbedarfe)

You have special needs if the costs of living are higher due to special circumstances. And if the special circumstances are unavoidable.

Examples of special needs are, for example:

- **Hygiene items** for certain **illnesses**. These include an **HIV** infection, for instance, or the **skin disease neurodermatitis**. Hygiene items include specialized cleaning agents, for example.
- If a child's parents live far apart, **travel expenses** to visit the other parent may be a special need. This is important to ensure the child has contact with both of their parents.



People have to submit an application if they want the costs of special needs to be paid. However, they can only receive the money if they **cannot pay** for these things themselves.

You already receive benefits from the Jobcenter for most needs. For example, **glasses** and **dentures** are not special needs. It is also important that no other body pays the costs.

One solution for one-off expenses is an **interest-free loan**. The Jobcenter lends people money without charging them loan fees (**interest**). This way, people only have to pay back the amount they borrowed. The Jobcenter looks into this solution when special needs arise.

## Housing costs (Die Kosten der Unterkunft)

**Housing** and **heating** costs are paid. Costs are only paid if they are **reasonable**. Reasonable means that the home or apartment is not too large or expensive.



Reasonable housing and heating costs are determined based on **where people live**. You can ask your Jobcenter what costs would be reasonable. Jobcenter benefits for housing costs can only be used for **rent**.

In certain cases, the money can also be transferred directly to the **landlord**.

When people own a house or a condominium, they also have **housing costs**. These include **property tax, debt interest, and homeowner's insurance**. The Jobcenter can pay these costs. In some cases, the Jobcenter can also pay other costs. These include costs for **major repairs** and costs to **maintain the house**, for instance. However, the repairs have to be major for the costs to be paid. There are also costs that cannot be paid. **Repayment instalments** for the house or condominium **cannot be paid**. Repayment instalments are the payments you have to make to repay the loan.

If the housing costs are **not reasonable**, people have to lower their costs if they can. They may have to **move** if the costs are not reasonable.

When people want to move into a new apartment, they have to talk to the responsible Jobcenter **first**. They cannot simply rent any apartment. They need a **declaration of consent** from the Jobcenter before signing a lease agreement. The declaration of consent is also called a **guarantee**. If people move into a new and more expensive apartment without a reason to do so, we will only pay the costs of their old apartment. In this case, they will have to **pay for the rest themselves**.

## Income (Das Einkommen)

Income is all the money a person makes. It does not matter where this income comes from or what type of income it is. Income may include **wages**, for instance, or **rental income**. It does not matter whether you receive the money **once** or on a **regular** basis. You always have to state your income.



These are some of the things included in income:

- The income people receive for **work**. This includes payments for **freelance work**. If someone **owns a home or apartment** and receives rent, the rent is also part of their income. The same applies if someone leases land. For instance, if they own fields or a tract of forestry.
- In Germany, different **monetary payments** are also considered part of your income. These include **Child Benefit, Unemployment Benefit, Insolvency Benefit, Transition Benefit, continued payment of wages in case of sickness** and **vocational training assistance**.
- Your pension is also considered income. This includes pensions from statutory social security insurance. This includes, for instance, an **old age pension, accident pension, injury pension** and **miners' compensation benefits**. **Foreign pensions** and **company pensions** are also part of your income.
- **Alimony payments** are also considered income. People receive alimony payments in certain circumstances if they raise a child alone or are **divorced**. This also includes benefits under the Maintenance Advance Act. These are benefits one parent receives if the other parent does not want to or cannot pay any child support.
- **Interest** and **capital gains** are also considered income.
- **Housing Benefits** and **Social Assistance** under Book 12 of the German Social Code (SGB XII) are also considered income.
- **Parenting Benefits** and **Constant Attendance Allowance** for educational activities under Book 8 of the German Social Code (SGB VIII) are also considered income.

People must also report **one-time income** right away.

One-time income, for instance, includes a **tax refund, profits** from legal gambling, or **operating cost reimbursements**. For tax refunds, it is only important if the money from the **tax refund** was in the account.



People also have to report income if they do not receive money regularly. You may receive an irregular income, for instance, if you **sell** things. This may include artwork, for instance.

## Assets (Das Vermögen)

Assets include everything that belongs to a person whose **value can be measured in terms of money**. It does not matter if these things are in **Germany** or **abroad**. Assets include money that is not income. This is the money the person had before the month in which they submitted their application.



Assets include:

- Credit in **bank accounts** and **savings banks**. Savings can also be in an online bank account. In addition, assets also include **cash, securities, shares, loans and equity funds**.
- Vehicles such as **cars and motorcycles** are also assets.
- Life insurance, private pension insurance and home savings plans are also considered assets.
- **Land** a person owns is counted as part of their assets. This includes **developed and undeveloped properties** and **houses**. The houses might be single-family homes or duplexes, for instance. A home you own is also considered part of your assets.
- **Jewelry, valuable paintings** or other **valuables** are also considered assets.

When someone submits an application, the part of their assets that can be sold to pay for their **basic livelihood** is considered. Assets are considered usable if they can be used for your basic livelihood. This may include selling or leasing the asset. However, there are also assets that you cannot sell or lease. This may be because the assets are pledged or mortgaged, for instance. These objects are not usable.

If someone lives in a **benefit community**, the assets of the other people in the benefit community are also taken into consideration.



# Application for benefits according to Book 2 of the German Social Code (SGB II) (Antrag für Leistungen nach dem 2. Sozialgesetzbuch (SGB II))

You have to submit an **application** if you want to receive benefits under Book 2 of the German Social Code (SGB II).

The application has several parts. These parts of the application are called **attachments**. The Jobcenter will let you know which attachments you need to fill out.



## Caution!

You must be careful to file your application **with the right Jobcenter**. You have to file your application with the Jobcenter responsible for the town you live in.

## The application process (Die Antragstellung)

There are some things you should remember when submitting your application. The application is generally based on the first of the month. This means the application is almost always **retroactive**.

For example: You place an application on July 15th. The application will be valid retroactively from July 1st.

Therefore, you **always** have to provide your information **for the entire month**. This is especially important when stating your **income**.



## The notification on your application (Der Bescheid zur Antragstellung)

When you file an **application**, you will receive an **answer**. The answer is called a **notification**. The notification provides an answer to your application. If something changes in the decision, you will receive a new notification from your Jobcenter. You will always receive the notification **in writing**.

People receive notifications in the following cases:

- Your application was **approved**.
- Your application was not approved, or only partially approved.
- There is a **change** in the amount of benefits you will receive.
- You have received a benefit **incorrectly**. The Jobcenter will inform you in the notification that you have to **repay** the benefit.



## Appealing a decision (Widerspruch gegen eine Entscheidung)

You can lodge a **complaint** if you do **not agree** with a decision. This is also called **submitting an appeal**. Anyone affected by the decision can do this. However, you must appeal within 1 month once you have received the notification.

You must submit the appeal in **writing** or **personally** to the Jobcenter. You can only submit the appeal to the Jobcenter that issued the notification. The decision will then be **reviewed**.

The review can have different results:

- Your appeal is correct. This means your appeal has been granted.
- Your appeal is partially correct. This means your appeal has been only partially granted.
- Your appeal is not correct. This means your appeal has not been granted.



If your appeal is not granted or only partially granted, you can file a **complaint with the social welfare court**. The complaint can only be filed with the **social welfare court**.

## Collaborative obligations for benefit recipients (Die Mitwirkungspflichten von Leistungsempfängern)

People who receive benefits according to **Book 2 of the German Social Code (SGB II)** have certain obligations. They have to work with the Jobcenter. These are also called collaborative obligations.



- They have to provide **correct information**. If you submit an application for a benefit, for instance, the information has to be correct. If people live together in a benefit community, the information on other people in the benefit community also has to be correct. The information is important for reviewing your claim to benefits. For example, whether you or another member of the benefit community should receive basic income.
- Information must be complete. No information may be missing.
- You also have to be able to “prove” the information if you are asked for proof. This means you will have to submit **documents** and **certifications**, for instance.
- People also have obligations after they submit an application, for instance if something changes that would change the amount of the benefit or prevent them from receiving it. For example, if they have found a job or if their rent increases. You must provide this information to the responsible Jobcenter **immediately**.

## Social security (Die Sozialversicherung)

When people receive Unemployment Benefit II, they are usually **subject to compulsory insurance** under statutory health and care insurance. The Jobcenter then provides insurance to the recipients of Unemployment Benefit II.



When people receive **the Social Benefit**, they are **not** insured under statutory health and care insurance by the **Jobcenter**.

If you want to know something about insurance protection, you must **contact your health and care insurance company directly**.

If people had private health insurance before receiving Unemployment Benefit II, **they remain privately insured**.

People may be able to receive a **grant** for the costs from the Jobcenter. However, the grant is only for health and care insurance costs, and is paid directly to the insurance company.

The Jobcenter only insures people once the benefit has been approved. They are then insured from the 1st of the month in which the benefit was approved. This means the insurance can be **retroactive**. For example, you are insured from the 1st of the month, even if your application was only approved on the 15th of the month.

You may get sick after you have placed an application. However, your application has not yet been approved. You will **not have health insurance protection yet**.

To be safe, you should talk to your health insurance right after submitting your application. The **health insurance company** can provide you with information on your provisional insurance protection. The same applies to all family members on your insurance.

**Issued by**

Bundesagentur für Arbeit (Federal Labor Agency)

90327 Nuremberg

Benefits and the law SGB II (GR 1)

January 2021

[www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)

**Hinweise des Landtagsamts**

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter [www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente](http://www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente) abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter [www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen](http://www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen) zur Verfügung.